

Zwischen Ideologie und Pragmatismus: Grundlinien der iranischen Außenpolitik

Walter Posch

Die Politik der Islamischen Republik Iran wird oft als erratisch, unberechenbar, ideologisch und letzten Endes gefährlich betrachtet. Viele dieser Beschreibungen sind in gewissem Maße richtig. Macht man sich jedoch die Mühe, die Teheraner Politik anhand ihres eigenen, internen Diskurses zu analysieren, so ergibt sich sehr wohl eine gewisse Logik, die sich dem Außenstehenden vielleicht nicht sofort erschließt.

So stellen Beobachter immer wieder fest, dass in Iran Ideologie und politischer Pragmatismus in einem Wechselspiel stehen, bei dem von Anfang an oft nicht ganz klar ist, welches der beiden Elemente letzten Endes den Ausschlag geben wird. Noch schwieriger ist es festzustellen, welche politische Gruppierung wann und unter welchen Umständen eine gewisse Politik der Regierung unterstützt oder obstruiert. Einigkeit herrscht im Westen jedoch darüber, dass man davon ausgehen darf, dass die Politik gemäßigter Elemente einer radikalen Politik vorzuziehen sei. Dabei wird allerdings oft übersehen, dass „gemäßigt“ sich nur auf einen Aspekt der iranischen Politik beziehen kann, ein und dieselbe Person jedoch - aus westlicher Sicht - verschiedene Politiken unterstützen bzw. verfolgen kann.

So finden sich im politischen Lager der Reformkräfte ausgesprochen radikale Figuren wie Ali Akbar Mohtashami-pour, der Mitbegründer der Libanesischen Partei und Miliz Hisbollah, und der nunmehrige Ayatollah Khoiniha, einer der Führer der Botschaftsbesetzer. Auf der anderen Seite finden wir Esfandiyar Rahim Mashayi, einen ausgesprochen radikalen Politiker (und Schwager des jetzigen Präsidenten), der sich traute, von einer Freundschaft zum israelischen Volk zu schwadronieren. Die Adjektive „radikal“ und „gemäßigt“ sind also Hilfskonstrukte, welche die politische Realität nur bedingt wiedergeben.

Die iranische Außenpolitik steht fest auf ideologischen Säulen, von denen sich zum

Teil klare strategische Konzepte ableiten lassen. Die erste Säule ist zweifelsohne der politische Islam in der Interpretation Khomeinis, die zweite ist die Dritte-Welt-Ideologie (tiers-mondialism) und die dritte schließlich der iranische Nationalismus.¹⁾ Diese drei Elemente stehen in einem Wechselspiel zueinander; so sind der politische Islam und die Dritte-Welt-Ideologie revolutionäre Ideologien, die in den 1960er-Jahren vorwiegend von ehemals links stehenden Intellektuellen amalgamiert wurden. Nach der Islamischen Revolution benutzten die Iraner dieses Konzept und setzten es als Waffe gegen den westlichen Kolonialismus und gegen die „westliche Kulturinvasion“ ein, die sie als Voraussetzung zur „imperialistischen“ Kontrolle der Region verstanden. Demgegenüber steht die traditionelle Religiosität, die die schiitische Identität des Landes betont, was sich wiederum mit dem persischen Nationalismus ergänzen lässt. Man beachte, dass sich beide Elemente widersprechen; Islamismus und Dritte-Welt-Ideologie sind inhärent revolutionär und international ausgerichtet, Schiismus und iranischer Nationalismus sind inhärent selbstbezogen und konservativ. Dieser Widerspruch wurde von der Islamischen Republik nicht aufgelöst, wir



Mit dem Sturz des Schahs wurde 1979 die islamische Revolution im Iran eingeleitet; die Entscheidungsgewalt über die Außenpolitik des Landes wurde damit nicht gewählten Machthabern übertragen (Bild: Unterstützer Khomeinis vor der Botschaft in Paris).

sind jedoch der Ansicht, dass es der iranischen Politik, zweifelsohne jedoch der iranischen Diplomatie, gelang, daraus nicht nur keinen Schaden zu erfahren, sondern sich diesen Widerspruch sogar zunutze zu machen.

In der politischen Praxis unmittelbar nach dem Sturz des Schahs stand natürlich der Revolutionsexport im Mittelpunkt der iranischen Außenpolitik bzw. ersetzte er zu einem gewissen Grad die Außenpolitik als solche. Die Islamische Republik verstand sich als einzige anti-kolonialistische Kraft in der islamischen Welt und machte nun die Unterstützung verschiedener Widerstandsgruppen und Freiheitsbewegungen zu ihrer primären Aufgabe. Dazu gehörten in erster Linie die Unterstützung für verschiedene schiitische Gruppen, wie die irakische al-Da'wa-Partei und deren Ableger in der schiitischen Welt wie in Bahrain, die Amal-Bewegung im Libanon, die Unterstützung für verschiedene persischsprachige und schiitische Parteien in Afghanistan, v.a. Parteien der schiitischen Hazara-Volksgruppe, die wie alle afghanischen Mudschaheddin gegen die sowjetischen Invasoren und deren kommunistische Handlanger zu den Waffen gegriffen hatten, und Ähnliches. Höhepunkt der Bestrebungen, die Schiiten weltweit zu revolutionieren und zum politischen Faktor zu machen, war die Gründung der libanesischen Partei Hisbollah, der es bis dato als einziger arabischer Kraft gelang, einen israelischen Angriff zurückzuschlagen (im Sommer 2006).

Der unbestrittene Bannerträger aller revolutionären Organisationen war aber bis zu ihrer Umwandlung in die „Palestinian Authority“ die Palästinensische Befreiungsbewegung PLO. Unmittelbar nach der Revolution stattete Yassir Arafat als erstes „Staatsoberhaupt“ der Islamischen Republik einen offiziellen Besuch ab. Mit dieser anti-imperialistischen Geste lagen Palästinenser und Iraner voll im Trend der späten 1970er-Jahre. Der Besuch kann auch als Abschluss einer jahrzehntelangen Beziehung zwischen Irans radikalen Islamisten und den Palästinensern gesehen werden. So gut wie alle späteren Führungskader der Revolutionsgarden, allen voran deren Gründer Mostafa Tschamran und der letzte Kommandant der Garden, Generalmajor Yahya Rahimi-Safavi genossen ihre militärische Grundausbildung in palästinensischen Lagern im Südlibanon. Dennoch gab es gewisse Beschränkungen für beide Seiten: Zum einen war die PLO eine nationalistische und säkulare Organisation, an der auch viele Christen in namhaften Positionen mitarbeiteten, was die frommen iranischen Revolutionäre irritierte, zum anderen musste die PLO in ihren Beziehungen zum revolutionären schiitischen Regime in Teheran immer auf arabische Nationalisten und sunnitische Fundamentalisten Rücksicht nehmen. (Das Gleiche gilt übrigens auch für die Hamas!) Die Iraner wiederum sahen den Kampf der PLO für einen eigenen Palästinenserstaat eben nicht in erster Linie als nationalistischen Kampf, sondern betonten - wie die marxistische Linke auch - den antiimperialistischen Aspekt desselben, weshalb Israel als „imperialistischer Vorposten“ betrachtet wird. Gleichzeitig interpretierten die Iraner diesen Aspekt quasi-religiös als Kampf der unterdrückten Muslime gegen ihre westlichen Peiniger und als Kampf Gut gegen Böse. Aus dieser Logik musste

sich die Leugnung des Existenzrechts Israels fast zwangsläufig ergeben, während die Palästinenser pragmatischer vorgehen.

Überhaupt gestaltete sich die Kooperation mit nicht-schiitischen Gruppen und Bewegungen schwierig. Mit der Ausnahme der palästinensischen Hamas und des Sudans ließen sich kaum sunnitische Organisationen oder Staaten mit den schiitischen Iranern ein. Kontakte zur algerischen FIS und zu den türkischen Fundamentalisten der Refah-Partei und später der AKP gingen über eine symbolische Fühlungnahme nicht hinaus, der Aufbau einer militanten sunnitischen Gruppe in der Türkei scheiterte. Und in Bosnien erinnert man sich zwar gerne an die iranische Waffenhilfe, hält ansonsten jedoch die Distanz zur Islamischen Republik aufrecht. Mehr Erfolg war den Iranern mit dem islamistischen Regime im Sudan beschieden, allerdings herrschten auch in diesem Fall regionalpolitische Motive vor - die Sudanesen benutzten die Iraner als Gegengewicht zu den Saudis -, während ideologische Aspekte zum großen Bedauern Teherans eher zweitrangig sind.

War die Zusammenarbeit mit sunnitischen Gruppen schon schwer genug, mit marxistischen und anderen anti-imperialistischen Gruppen tat man sich noch schwerer, u.a. deshalb, weil ab 1982 die eigene marxistische Opposition brutal unterdrückt wurde. Allerdings konnte das Regime anfangs zumindest auf offene Sympathie vonseiten europäischer Marxisten zählen, die die Menschenrechtsverletzungen des Regimes weit weniger kritisierten als die Verbrechen des Schahregimes. Die einzige linksorientierte Organisation von Bedeutung, die die politische Unterstützung durch die Teheraner Revolutionäre nie vergaß, war der südafrikanische African National Congress (ANC). Dem kommt insoweit Bedeutung zu, als Südafrika, dessen Apartheidregime ein eigenes militärisches Atomprogramm betrieben hatte, in den Abstimmungen in der Internationalen Atomenergiebehörde über das iranische Programm eher dem iranischen Standpunkt zuneigt.

Die Bedeutung der Verquickung des politischen Islams mit der Drittweltideologie darf also nicht unterschätzt werden. So lassen sich die Beziehungen zu Indien, aber auch zu südamerikanischen Staaten wie Brasilien, Venezuela, Bolivien oder Kuba vor diesem Hintergrund besser verstehen.²⁾ Allerdings überwiegt heutzutage die Einstellung, ideologische Ansätze als Teil einer weiter gefassten Politik zu verstehen. Der wichtigste Grund für die Änderung der Einstellung war ohne Zweifel der Angriff Saddam Husseins auf den Iran - dem übrigens ein versuchtes Attentat von mit Teheran verbündeten schiitischen irakischen Islamisten gegen einen arabisch-christlichen Vertrauten Saddam Husseins vorausging.

Zunächst bedeutete der Iran-Irak-Krieg eine Verhärtung der islamistisch-ideologischen Positionen; man benutzte die Notstandsgesetze, um jene Gruppen auszuschalten, die als wenig zuverlässig galten, das waren neben den Kommunisten v.a. die Volksmudschaheddin und die liberalen Islamisten der so genannten Befreiungsbewegung. Gleichzeitig schuf der Krieg soziale Umwälzungen, zu denen eine religiös-revolutionäre (männliche) Jugendbewegung gehörte, die in Freiwilligenverbänden (so genannten Basidsch) in Massen an die Front strömte und sich dort ausblutete. Diese

Kriegsfreiwilligen, deren Veteranenverbände heute noch eine Rolle spielen, kämpften nicht nur als Patrioten für Iran, sondern als Glaubenskämpfer für eine viel größere Sache: gegen Saddam Hussein, gegen seine westlichen und sowjetischen Unterstützer und gegen die USA und Israel, die als Hauptverantwortliche für die existierende Weltordnung auch für die sozialen Ungerechtigkeiten und das Elend in der Welt verantwortlich gemacht wurden. Schlicht, sie kämpften unter spiritueller Führung Khomeinis gegen das Böse in der Welt an sich. Sie sahen ihren militärischen Kampf auch als Fortsetzung des innenpolitischen Kampfes für eine wahrhaft islamische, sprich - ihrer Ansicht nach - gerechtere Gesellschaft. Endziel dieses Strebens war die Wiederherstellung der Rechte nicht nur des iranischen Volkes, sondern auch der Rechte der Muslime in Palästina, was gleichbedeutend mit dem Verschwinden Israels gesehen wurde. Die politisch Verantwortlichen mussten freilich den Realitäten eines Staates im Kriege ins Auge blicken, Waffen und Medizin wurden dort gekauft, wo man bereit war, sie zu verkaufen. Das war meistens in Europa der Fall, aber auch in den USA und sogar in Israel. Das Resultat dieser Politik war der Iran-Contra-Skandal, der allen Beteiligten zum Verhängnis wurde.³⁾

Wie leicht sich das ideologische Ziel der muslimischen Solidarität für realpolitischen Pragmatismus opfern lässt, sieht man am Beispiel Tschetschenien und an den Uiguren in Xinjiang. In beiden Fällen werden Muslime unterdrückt, aber da die Unterdrücker weder Europäer noch Amerikaner sind, sondern eben Russen und Chinesen, deren Wohlwollen für Iran in vielen Bereichen der Außen- und Sicherheitspolitik wichtig ist, sieht die Islamische Republik von scharfen Protesten ab.⁴⁾ Das beste Beispiel für den realpolitischen Pragmatismus der iranischen Islamisten ist jedoch die Achse Teheran-Jerewan. Für das kleine, zwischen der Türkei und Aserbeidschan eingezwängte Armenien sind gute Beziehungen zum Iran (über)lebenswichtig. Für Teheran bedeutet die Partnerschaft mit den Armeniern ein Gegengewicht zu Aserbeidschan und zum Einfluss der Amerikaner und Israelis in Baku. Die armenisch-iranischen Beziehungen laufen übrigens gegen das Empfinden des überwiegenden Teiles der iranischen Aserbaidschaner, die nach den Persern das zweite Staatsvolk sind.

Spätestens seit Mitte der 1990er-Jahre verfolgt Teheran ideologische Ansätze nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zur Durchsetzung regionalpolitischer Ziele. Hier folgt die Islamische Republik einer Politik, wie sie in anderer Form bereits vom letzten Schah versucht wurde. Demnach würde Iran aufgrund seiner kulturellen, militärischen und wirtschaftlichen Bedeutung die dominierende Macht am Persischen Golf werden. Aus Teheraner Sicht lag diese Realität nach dem Abzug der Iraker aus Kuwait bereits zum Greifen nahe. Allerdings wurden - und werden - Teherans regionalpolitische Ambitionen regelmäßig von



JAMA SAUDI/REUTERS

Infolge des politischen Umsturzes stand die Unterstützung diverser Widerstandsgruppen und Freiheitsbewegungen (hier: Mitglieder der Hisbollah) im Fokus der iranischen Politik.

Saudi-Arabien durchkreuzt. Auf erstem Blick scheint sich der Antagonismus zwischen Iran und Saudi-Arabien auf konfessionelle und ideologische Argumente zu begründen. Hier die monarchistischen, reaktionären wahhabitisch-sunnitischen Araber gegen die republikanischen, revolutionären schiitischen Perser.⁵⁾ Das ist zwar nicht ganz falsch, verdeckt aber die machtpolitische Natur des Verhältnisses. So ringen Iran und Saudi-Arabien von Afghanistan und Pakistan, der Golfregion, Irak und natürlich Libanon miteinander um Einfluss und wenn möglich um Vorherrschaft. Am deutlichsten lässt sich dies anhand des Aufflackerns schiitisch-sunnitischer Spannungen in Afghanistan und Pakistan ablesen, fast immer geht dem eine Verschlechterung der bilateralen Beziehungen Irans mit Saudi-Arabien voraus. Der Libanon und Palästina wären andere Beispiele für das saudisch-iranische Ringen um Einfluss und Prestige in der islamisch-arabischen Welt. Allerdings hat Teheran hier weit weniger Einfluss, da die Iraner sich auf lokale Akteure abstützen müssen, die international wie in ihrer unmittelbaren Umgebung verfeindet sind. Das sind v.a. die selbstbewusst agierende Hisbollah im Falle des Libanon oder, im Falle Palästinas, die sunnitische und hauptsächlich von den Golfarabern finanzierte Hamas. Außerdem muss Teheran in beiden Fällen auf syrische Empfindlichkeiten Rücksicht nehmen, hat also keineswegs freie Hand, sich diese Konflikte seinen eigenen strategischen Interessen nach Belieben zunutze zu machen.⁶⁾ Bis dato gelang es der Teheraner Diplomatie nicht, die Saudis diplomatisch und regionalpolitisch auszubooten. Das, obwohl es zwischen 2003 und 2005 so aussah, als ob der Siegeszug Teherans unaufhaltsam voranschreiten würde: Seine schlimmsten Feinde, Saddam Hussein im Irak und die Taliban in Afghanistan wurden von den Amerikanern unschädlich gemacht, Verbündete und Freunde Teherans gewannen die Wahlen im Irak und in Palästina, und in Afghanistan gibt es seit dem Sturz der Taliban eine Regierung, die zwar



PRESIDENCY OF THE ISLAMIC REPUBLIC OF IRAN

Die Revolutionswächter nehmen seit der Präsidentenwahl 2005 bestimmenden Einfluss auf die politischen Entwicklungen des Iran. Die Atomkrise ist zum Eckpfeiler der Außenpolitik geworden und könnte zu Wirtschaftssanktionen führen, die Isolierung des Landes verstärken und sogar auf militärische Lösungen hinauslaufen (Bild: Präsident Mahmud Ahmadinedschad inspiziert die Anlage in Natanz).

zu Recht als pro-westlich gilt, die aber gleichzeitig klug genug ist, die iranischen Sicherheitsinteressen ernst zu nehmen. Schließlich trugen die antiisraelischen Ausfälle des neu gewählten iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad den Iranern eine nie da gewesene Sympathiewelle unter den sunnitischen Islamisten in der gesamten islamischen Welt ein, v.a. aber in Ägypten, Pakistan und unter den Palästinensern. Was aber aus saudischer Sicht fast gleich schwer wog, war, dass Politiker und Analytiker im Westen die Zunahme der iranischen Macht als *Fait accompli* zu akzeptieren schienen und begannen, den Iran als Regionalmacht zu betrachten. Die Saudis konterten dies - übrigens mit stiller israelischer Rückendeckung -, indem sie kaltschnäuzig die antischiitischen Ressentiments der überwiegend sunnitischen Araber benutzten und von einem „schiitischen Halbmond“ sprachen, der seinen Einfluss über Gebühr auf die arabischen Länder hin ausdehne. Die Zunahme der iranischen Macht - oder eher des iranischen Prestiges - wurde also negativ besetzt. In Israel und im Westen wurde nicht nur die Rhetorik vom schiitischen Halbmond übernommen, sondern gleichzeitig in Gegensatz zum Ausdruck „gemäßigte arabische Staaten“ gestellt, womit v.a. Saudi-Arabien und Jordanien gemeint waren. Für Saudi-Arabien bedeutete dies eine wichtige Imagekorrektur im Westen, wo seit geraumer Zeit die Tatsache, dass Al Qaida eine überwiegend saudische Organisation ist, nicht mehr thematisiert wird. In der Tat ist die Frage nach dem Status Irans als Regionalmacht weniger eindeutig zu beantworten als landläufig angenommen, da Iran seiner zugegeben großen Bedeutung zum Trotz kaum über die militärischen Möglichkeiten verfügt, seine Macht zu projizieren. Die relative militärische Schwäche Irans wurde 1998 besonders deutlich, als die Islamische Republik im letzten Moment einen Einmarsch in Afghanistan absagte. Anscheinend fürchtete Teheran, seine Armee für mehrere Jahrzehnte in Afghanistan zu binden.

Irans konventionelle Schwäche und die damit einhergehende Hemmung seiner regionalpolitischen Ambitionen würden sich jedoch schlagartig ändern, sobald das Land in der Lage ist, ein Nuklearprogramm aus eigener Kraft zu betreiben oder gar in den Besitz einer Atomwaffe zu gelangen. Diese letztendlich nationalistische Rationale lag dem iranischen Nuklearprogramm zugrunde, als es zur Zeit des letzten Schahs ins Leben gerufen wurde. Allerdings war der Grund, dass es nach mehrjähriger Unterbrechung nach Ende des Iran-Irak-Krieges Anfang der 1990er-Jahre wieder aufgenommen wurde, ein anderer: als Antwort auf das israelische Nuklearprogramm. Und dies wiederum wurde letztendlich ideologisch argumentiert, nämlich damit, dass eine Atomwaffe notwendig sei, um Israel von der Landkarte zu tilgen.

Argumente wie dieses wurden sogar von Politikern vorgebracht, die heute einen moderaten Kurs vertreten. Gegen Ende der 1990er-Jahre verschob sich die iranische Rechtfertigung des eigenen Nuklearprogramms hin zu einer für Schwellenländer typischen Einstellung: dass Iran wie jedes andere Land das Recht auf die friedliche Nutzung der Atomkraft habe und der Westen seine eigene Verpflichtung zum Teilen friedlicher Atomtechnologien mit Dritte-Weltstaaten nicht ernst nehmen würde. Die Ursache für den iranischen Sinneswandel liegt im veränderten strategischen Diskurs in den politischen und militärischen Eliten Irans, wo man über den primitiven Status des eigenen Programms und die rudimentäre Natur der selbstgebauten Raketen Bescheid wusste. Daher rangen sich die Iraner zur Erkenntnis durch, dass ein legitimes, selbst entwickeltes Programm für die eigene Sicherheit von größerer Bedeutung sei als ein geheimes.⁷⁾ Dem technischen Fortschritt wurde gegenüber dem militärtechnischen der Vorzug gegeben, anders ausgedrückt: Waffenfähigkeit statt Waffensystem. Atomwaffenfähigkeit würde also bedeuten, dass die Islamische Republik als „virtuelle“ Atommacht anerkannt werden müsste, ohne zum nuklearen Club zu gehören. Das Nuklearprogramm könnte dann, ohne den Atomwaffensperrvertrag zu verletzen, vollkommen legal weiterbetrieben werden und dadurch den iranischen Regionalmachtanspruch in der Region unterstützen und die strategische Überlegenheit Israels einholen. Irans Einlenken im Jahr 2003 und später 2004 ist vor diesem Hintergrund zu sehen. Im Frühjahr 2005 wäre es dann auch fast zu einem Kompromiss zwischen den Europäern und den Iranern gekommen, doch beurteilten die Europäer Präsident Khatami bereits als „lame duck“ und hofften auf den neuen, alten starken Mann im Staate, Ali Akbar Hashemi Rafsandschani, einen „alten Bekannten“, mit dem die Europäer eine amerikanisch-iranische Einigung vermitteln wollten.

Bekanntlich gingen die Präsidentschaftswahlen 2005 im Iran anders aus, und mit Mahmud Ahmadinedschad kam ein umstrittener Politiker an die Schalthebel der Macht (oder zumindest einen Teil derselben). Unter ihm kehrten wieder Polemik und Slogans der Kriegszeit in die Außenpolitik zurück. Gegen Ende seiner ersten Amtszeit wurde seine Außenpolitik jedoch etwas pragmatischer,⁸⁾ da sein Schwerpunkt in der Innenpolitik liegt. Im Sinne dieser Logik steht jene Rationale, wonach Iran mit den USA zu einem Einverständnis gelangen muss, um den innenpolitischen Transformationsprozess hin zum islamischen Utopia ungestört durchführen zu können. Das Resultat dieses Transformationsprozesses dürfte eine Reduzierung der verschiedenen Machtzentren zugunsten des Kommandos der Revolutionsgarden und des Büros des Revolutionsführers sein. Außerdem kamen mit Ahmadinedschad auch jene Gruppen an die Macht, die eine gemäßigte Außenpolitik gegenüber dem Westen oder Israel immer abgelehnt haben. Die Tatsache, dass diese Radikalen der zweiten Garnitur nun auf einmal wichtige politische Ämter bekleiden, führt mittel- und langfristig zu deren Entradikalisierung und zu mehr Rationalismus in ihrer Politik. Innenpolitisch steuert das Land freilich einen aggressiven und autoritären Kurs, der allerdings das Regime auch etwas berechenbarer macht.

Wann dieser Prozess abgeschlossen ist, lässt sich nicht vorhersagen. Allerdings regt sich gegen Ahmadinedschad massiver Widerstand, und zwar nicht nur von Vertretern der Opposition wie Mir Hossein Mussavi, sondern auch von fundamentalistischen Verbündeten wie Ali Ardashir Laridschani oder Mohsen Rezaei.⁹⁾ Niemand will Ahmadinedschad einen dramatischen außenpolitischen Erfolg gönnen, sodass er im Herbst 2009 mit geschwächtem Mandat in die Nuklearverhandlungen ging. Der iranische Fraktionismus hat, beim gleichzeitigen Versuch, die gemäßigten Islamisten auf Dauer aus dem politischen Prozess auszuschließen, wieder einmal eine außenpolitische Annäherung unmöglich gemacht. Jedenfalls stehen die Iraner in ihrer Außenpolitik vor demselben Dilemma wie die Europäer: Das iranische Nukleardossier verhindert jegliche normale Entwicklung und schränkt die eigenen außenpolitischen Handlungsoptionen drastisch ein. So wie die Europäer bis jetzt nur vage Vorstellungen haben, wie mit einem Land, in dem der politische Islam regiert, umzugehen sei, so sehen auch die Iraner nicht wirklich klar, was sie unter „Regionalmacht“ oder „regionaler Supermacht“ verstehen wollen. Den Persischen Golf, also jene Region, in der zu Recht das Zentrum der internationalen Aufmerksamkeit liegt, können sie aufgrund der amerikanischen Flottenpräsenz nicht kontrollieren, geschweige denn dominieren. Syrien und Hisbollah sind selbstständige, souveräne Akteure und nicht Marionetten Teherans, und Ähnliches gilt auch für die mit Teheran verbündeten Parteien im Irak, nicht zuletzt die bedeutende schiitische Dawa-Partei. Und dass die großspurige Rede von der Vernichtung Israels und die Leugnung des Holocausts der Islamischen Republik mehr geschadet als genutzt haben, dürfte mittlerweile auch im Präsidentenpalast verstanden (wenn auch nicht eingestanden und schon gar nicht öffentlich zugegeben) worden sein. Und schließlich heißt der neue Held der arabischen Massen

nicht mehr Ahmadinedschad, sondern Recep Tayyip Erdogan - und damit sticht die iranische Palästina-Karte nicht mehr. Das sang- und klanglose Absagen des Auslaufens einer iranischen Gaza-Flottille trägt dieser veränderten Realität Rechnung.

Wie überhaupt der wirtschaftliche Aufstieg der Türkei und die neuen Akzente in der türkischen Außenpolitik auf lange Sicht zu Spannungen zwischen Teheran und Ankara führen müssen. Freilich, zurzeit kooperieren beide Staaten eng v.a. in der Wirtschaft, im Irak und hinsichtlich der Kurdenfrage. Doch die Stärke der türkischen Wirtschaft und der große außenpolitische Handlungsspielraum Ankaras veränderten die Balance zwischen beiden Staaten zuungunsten Teherans. Daran ändern auch die letzten Irritationen zwischen Ankara und Tel Aviv kaum etwas. Ein Bruch der türkisch-israelischen Allianz würde für Ankara einen Nachteil bedeuten und die Vorteile der jetzigen Situation, in der sich sowohl Iraner als auch Israelis um die Gunst der aufsteigenden anatolischen Regionalmacht bemühen müssen, bei Weitem nicht ausgleichen.¹⁰⁾

Dennoch, die iranische Außenpolitik ist nicht nur reaktiv, sondern versucht aktiv gestaltend zu wirken. Dabei steht sie noch immer im Spannungsfeld zwischen Ideologie und Pragmatismus. Dem gegenüber steht eine klare, durchdachte Strategie, die - den Rohstoffreichtum des Landes nutzend - Iran zur Energiedrehscheibe der Region machen würde und sowohl den europäischen als auch den chinesischen und indischen Markt bedienen würde. Diese „20-Jahres-Strategie“ genannte Strategie würde aus Iran ein de facto neutrales Land machen, das es als seine oberste Aufgabe sieht, im Inneren für Wohlstand und Fortschritt zu sorgen und in der Außenpolitik als sicherer und vertrauenswürdiger Energielieferant zu fungieren - eine Art islamisches Schweden mit norwegischen Energiere Ressourcen. Zurzeit fehlen jedoch alle Voraussetzungen, um diese Strategie umzusetzen. So fehlt aus europäischer Sicht das notwendige Vertrauen in den iranischen Willen bzw. in die iranische Fähigkeit, eine glaubwürdige energiepolitische Alternative zu Russland zu sein. Das Gegenteil ist der Fall, über Jahre hinweg haben die iranischen Eliten offen mit der Bildung einer so genannten „Gas-OPEC“ geliebäugelt, die neben Russland und Iran auch Algerien beinhalten sollte. Das heißt nun freilich nicht, dass die Islamische Republik nicht wie bisher nach Europa Gas liefern würde. Doch ist damit offensichtlich, dass die an und für sich vernünftige Neuausrichtung der iranischen Außenpolitik am Energiereichtum des Landes nicht stattfinden wird. Mit anderen Worten: Die iranische Energiepolitik wird kaum in der Lage sein, die Islamische Republik und den Westen im strategischen Sinne annähern zu helfen. Gleichzeitig treibt die ungeklärte Nuklearfrage den Westen und Iran immer weiter in Richtung Eskalation, vor der in letzter Konsequenz beide Seiten (noch) zurückschrecken. Die letzte Sanktionsrunde (UNSR 1929) zielt bereits weit über das iranische Atomprogramm hinaus und trifft die gesamte iranische Wirtschaft, offiziell, um die Iraner an den Verhandlungstisch zurückzubekommen. Gleichzeitig wird an einer totalen diplomatischen, politischen und wirtschaftlichen Isolierung der Islamischen Republik gearbeitet, die sich nur sehr schwer wieder rückgängig machen lassen wird.

Eine Isolation der Islamischen Republik ist in einem gewissen Ausmaß sicherlich möglich. Allerdings beraubt sich der Westen dadurch der Möglichkeit, mit den Iranern in jenen sicherheitspolitischen Bereichen zu kooperieren, die für beide Seiten von großer Bedeutung sind. Neben der Stabilisierung des Irak und Sicherheitsstrukturen in der Golfregion ist das v.a. Afghanistan.¹¹⁾ Zwar will der Iran keinen eindeutigen amerikanischen Erfolg in Irak und Afghanistan, doch ist die anfängliche Schadenfreude über die Schwierigkeiten der USA längst einer ernsten Besorgnis gewichen: Zu frisch sind noch die Erinnerungen an die Taliban-Herrschaft in Afghanistan, die von den Iranern zu Recht als Bedrohung empfunden wurde. Dasselbe gilt aber auch für den Westen: Jede Lösung für Afghanistan bedarf der Kooperation der Nachbarstaaten, v.a. Pakistans und Irans. Mit Iran teilt man außerdem die Sorgen um den florierenden Drogenhandel und die Feindschaft zu den Taliban und zur Al Qaida - die, wie erinnerlich, der eigentliche Grund für die Intervention am Hindukusch waren. Das Problem Afghanistan berührt die vitalen Interessen beider Seiten - so kann der Westen nicht abziehen, ohne dem Land nachhaltig Stabilität gebracht zu haben, und genauso wenig kann Iran sein Nachbarland im Osten sich selbst überlassen. Daraus sollte sich die Notwendigkeit iranisch-westlicher Kooperation von selbst ergeben.

Die Chancen dazu stehen freilich nicht zum Besten, einerseits weil Iranpolitik in erster Linie Nuklearpolitik bleibt, andererseits weil auf iranischer Seite kein Vertrauen in die Intentionen und Absichten des Westens besteht. Kritische Stimmen in Teheran sehen den notwendigen Integrationsprozess gemäßiger Taliban in den afghanischen Staatsapparat (sofern der Ausdruck für Afghanistan angebracht ist) als Etikettenschwindel: Mit dieser Maßnahme, so glauben sie, haben die westlichen Staaten nur noch ein weiteres Mal bewiesen, dass sie letztendlich anti-iranische Politik betreiben, weil mit der Integration der Taliban in erster Linie die strategischen Interessen Saudi-Arabiens und Pakistans bedient würden. Daher bestünde kein Grund, den Europäern und den Amerikanern den Abzug aus Afghanistan zu erleichtern. Das einzige Argument, das die Iraner von der Ernsthaftigkeit der Europäer überzeugen könnte, wäre eine außen- und europapolitische Prioritätensetzung, in der Afghanistan eine höhere oder zumindest gleichrangige Bedeutung wie dem Nukleardossier gegeben werden müsste, was freilich kaum möglich sein wird. Zu guter Letzt kehrt man eben wieder zum Hauptproblem in den europäisch-iranischen Beziehungen zurück: dem Mangel an gegenseitigem Vertrauen. ■

ANMERKUNGEN:

- 1) Bernard Hourcade, „Iran révolution islamique ou tiers-mondiste?“ Hérodote, 36 Jänner 1985 S. 138-158; Vijay Prashad, *The Darker Nations, A People's History of the Third World*, (The New Press) New York 2006.
- 2) Zu den Beziehungen der Islamischen Republik zu Südamerika siehe Cynthia Amson, Haleh Esfandiari und Adam Stubits (Herausgeber), *Iran in Latin America. Threat or „Axis of Annoyance“?* (Woodrow Wilson Center Report on the Americas) #23 Washington DC 2010.
- 3) Mittlerweile gibt es einige sehr gute Arbeiten über die Beziehungen der Islamischen Republik Iran zu ihren Erzfeinden USA und Israel, in denen allerdings den Kriegsfreiwilligen und deren Welt- bzw. Feindbildern unserer Ansicht nach zu wenig Bedeutung beigemessen wird. Siehe Trita Parsi, *Treacherous Alliance. The Secret Dealings of Israel, Iran, and the*

- U.S., (Yale University Press) New Haven - London 2007; Barbara Slavín, *Bitter Friends, Bitter Enemies. Iran, the U.S., and the Twisted Path to Confrontation*, (St. Martin's Press) New York 2007; Kenneth M. Pollack, *The Persian Puzzle. The Conflict between Iran and America*, (Random House) New York 2004; zur Rolle und Ideologie der Basij siehe Bernard Hourcade, „Le rôle de la Russie et des vétérans de la guerre Iran-Iraq“, *Confluences Méditerranée*, 65 Frühling 2008, S. 17-30; Farhad Khosrowkharwar, *L'Utopie Sacrifiée. Sociologie de la révolution iranienne*, (L'Harmattan) Paris 1993.
- 4) Zu Russland und Iran siehe Hannes Adomeit, *Russland und Iran*, (IILP) Wien, November 2009.
- 5) Siehe Saleh al-Mani, „The Ideological Dimension in Saudi-Iranian Relations“, in Jamal S. al-Suwaidi, *Iran and the Gulf. A Search for Stability*, (ECSSR) Abu Dhabi 1996, S. 158-174.
- 6) Vgl. Jubin M. Goodarzi, *Syria and Iran. Diplomatic Alliance and Politics in the Middle East*, (Tauris) London 2006; zum Verhältnis Iran-Hizbullah nach dem Krieg von 2006 siehe Augustus Richard Norton, *Hezbollah. A Short History*, Princeton 2007; Sabrina Mervin, *Le Hezbollah. Etat de Lieux*, (Actes Sud) Paris 2008.
- 7) Das ist zumindest unsere Lesart des iranischen Programms. Für die Frage der Stellung des iranischen Nuklearprogramms im Rahmen des iranischen strategischen Diskurses siehe Shahram Chubin, *Whither Iran? Reform, Domestic Politics and National Security*, (Adelphi Paper 342) New York 2002, S. 71-86; und derselbe *Iran's Nuclear Ambitions*, (Carnegie) Washington DC 2006; Ebrahim Yazdi, „Iran und die Nukleartechnologie“, in: *Nationale Sicherheitsdoktrin*, [persisch] (Ney) Teheran 2004, S. 343-352; Walter Posch, *Iranian Challenges*, (Chaillot Paper 89) Paris 2006.
- 8) Zur Außenpolitik unter Ahmadinezhad siehe den Sammelband von Anoushirvan Ehteshami und Mahjoob Zweiri (Herausgeber), *Iran's Foreign Policy. From Khatami to Ahmadinejad*, (Ithaca) Berkshire 2008; sowie die vom Teheraner Institut für Strategische Forschung herausgegebene Studie von Naser Saqafi-Ameri und Afsaneh Ahadi, *Iran und die Politik des „Blicks nach Osten“*, [persisch] Teheran 2005.
- 9) Hierzu siehe Walter Posch, *A Last Chance for Iran's Reformists? The „Green Struggle“ Revisited*, (SWP-Working Paper) Juni 2010.
- 10) Robert Olson, *Turkey-Iran Relations, 1979-2004. Revolution, Ideology, War, Coups and Geopolitics*, (Mazda) Costa Mesa 2004.
- 11) Siehe Markus Potzel, *Iran und der Westen. Chancen für gemeinsames Handeln in Afghanistan*, (SWP Studie) Berlin Juni 2010.



Dr. Walter Posch

Geb. 1966; 1985 Matura am PORG Volders/Tirol; 1985 EF beim LWSR 61, Ausmusterung zum BAB6, Reserveoffizier; 1986-93 Studium der Turkologie und Islamkunde in Wien; 1993-94 Forschungsaufenthalt in Istanbul, Schwerpunkt osmanische Archivalien und Handschriften; ausgedehnte Reisen in Anatolien; 1995-1999 Doktorat im Fach Iranistik in Bamberg, Deutschland; 2000-2001 Mitarbeiter in der Zentraldokumentation der Landesverteidigungsakademie Wien (LVAK); 2002-2004 Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) der LVAK; 2004-2009 Forscher am Europäischen Institut für Sicherheitsstudien (EUISS) in Paris; 2009 IFK, LVAK; seit 2010 Forscher an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin; Veröffentlichungen: mehrere Arbeiten zu sicherheitspolitischen Fragen im Nahen Osten, zuletzt erschien eine Studie über die „Grüne Bewegung“ im Iran (*A Last Chance for Iran's Reformists? The „Green Struggle Reconsidered“*, SWP Working Paper 2/2010).